



Nr. 30

15. September 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Regionalkonferenzen in Stuttgart und Nürnberg

[Geyer: „Wir werden ordentlich Druck machen müssen“](#)

Internationaler Tag der Patientensicherheit

[Drei Forderungen für mehr Patientenwohl](#)

Aktionstag für Angehörige

[Pflege: dbb besteht auf steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung](#)

dbb frauen

[Familie und Beruf nicht gegeneinander ausspielen](#)

dbb frauen

[Väterreport: Gleichberechtigung beginnt in den eigenen vier Wänden](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

[Einheitlichkeit der Länder bei der Besoldung angemahnt](#)

Schleswig-Holstein

[Landeshaushalt: dbb sh warnt vor Einschnitten beim Personal](#)

Thüringen

[Spitzengespräch mit Ministerpräsident](#)

Hamburg

[Runder Tisch der CDU-Fraktion zur Zukunft des öffentlichen Dienstes](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Unterstützung für KMK-Forderung: Digitalpakt 2.0 dringend nötig](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Umfrage: Breite Akzeptanz für Einschränkungen des Autoverkehrs im Schulumfeld](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Regionalkonferenzen in Stuttgart und Nürnberg Geyer: „Wir werden ordentlich Druck machen müssen“

Personalmangel, wohin das Auge reicht – in Hinblick auf die Einkommensrunde haben Fachgewerkschaften aus Baden-Württemberg und Bayern bestehende Probleme erörtert und Lösungen besprochen.

„Der Personalmangel ist mittlerweile in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes unübersehbar“, sagte dbb-Tarifchef Volker Geyer auf der dritten dbb Regionalkonferenz in Stuttgart am 12. September 2023. Dies führe dazu, dass sich die Servicequalität für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtert. „Wenn der öffentliche Dienst Personal gewinnen und halten will, ist die Bezahlung ein ganz entscheidender Faktor. Das bei der Arbeitgeberseite durchzusetzen und dort gar auf Verständnis zu stoßen, wird nicht einfach. Wir werden ordentlich Druck machen müssen.“

Kai Rosenberger, Vorsitzender des dbb Landesbundes Baden-Württemberg (BBW), unterstrich vor den Teilnehmenden: „Bei den anstehenden Tarifverhandlungen des muss die Chance genutzt werden, die Reallohnverluste der vergangenen zwei Jahre zu kompensieren und faire Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sicherzustellen.“

Am 14. September 2023 fand die vierte dbb Regionalkonferenz in Nürnberg statt. Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbunds (BBB), betonte dort: „Wir müssen auf die Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstes achten. Mit einem Abschluss, der nicht mindestens das Volumen des TVöD erreicht, verliert der Freistaat als Arbeitgeber deutlich an Attraktivität. Schon jetzt wandern Tarifbeschäftigte des Landes zu Bund beziehungsweise Kommunen ab.“ Aus bayerischer Sicht dürfe sich der Abschluss des TV-L nicht an den finanzschwächeren Ländern orientieren. „Wenn der Freistaat als Arbeitgeber weiterhin attraktiv

bleiben will, muss Bayern in der TdL aktiv werden. Am Ende muss ein angemessenes Tarifergebnis stehen, das auch zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen wird.“

dbb-Tarifchef Volker Geyer nutze die Veranstaltung, um ein Zwischenfazit zu ziehen: „Das Meinungsbild hier in Nürnberg, aber auch bei den anderen Regionalkonferenzen, die wir bis jetzt durchgeführt haben, ist eindeutig. Es gibt einen großen Nachholbedarf im Länderbereich. Und er wird immer weiter ansteigen, wenn jetzt nichts passiert. Das gilt im Vergleich zu Bund und Kommunen, aber genauso auch im Vergleich zur Privatwirtschaft. Wir müssen im öffentlichen Dienst den Anspruch haben, die besten Arbeitsplätze zu bieten. Nur so können wir im Wettbewerb bestehen und die Personalengpässe beheben.“

Hintergrund

Die endgültigen Forderungen des dbb für die Einkommensrunde werden am 11. Oktober in Berlin beschlossen. Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober, den 2. bis 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember vereinbart. Betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter [dbb.de/einkommensrunde](https://www.dbb.de/einkommensrunde).

Internationaler Tag der Patientensicherheit Drei Forderungen für mehr Patientenwohl

Lieferengpässe bei Medikamenten, die bevorstehende Krankenhausreform und die desolante Personalsituation – laut dbb Chef Silberbach muss man an mehreren Stellen anpacken.

„Wir müssen die Arzneimittelproduktion wieder in die EU zurückholen“, fordert dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach anlässlich des Internationalen Tags der Patientensicherheit am

17. September 2023. „Grundlage für die Patientensicherheit ist die Versorgungssicherheit mit Medikamenten. Derzeit werden viele wichtige Wirkstoffe ausschließlich in Indien oder

China hergestellt, häufig von einem einzigen Hersteller. Gibt es ein Problem bei der Herstellung oder in der Lieferkette, kann ein Medikament vorübergehend nicht mehr hergestellt werden.“ Dieses Risiko sei vor allem in der Corona-Pandemie zutage getreten, als es zu Lieferengpässen von lebenswichtigen Medikamenten kam. „So etwas darf nicht noch einmal passieren. Wir müssen aus unseren Erfahrungen der letzten Pandemie lernen und die Produktion von relevanten Wirkstoffen nach Europa verlagern. So haben wir mehr Kontrolle über deren Verfügbarkeit.“

Die zweite große Stellschraube sei laut Silberbach die anstehende Krankenhausreform: „Wir setzen große Erwartungen in die noch für dieses Jahr angekündigte große Krankenhausreform, denn sie soll zentrale Forderungen des dbb aufgreifen“, so der dbb Chef. „Mit der künftig vorgesehenen Ergänzung der Fallpauschalen um eine so genannte Vorhaltepauschale wird endlich auch das Freihalten von Betten, Personal, und technischem Gerät honoriert und schafft so mehr finanziellen Spielraum für die Kliniken, die dann allerdings ihren Fokus auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen legen müssen“. Silberbach weiter: „Die Tatsache, dass die Krankenhäuser derzeit noch pro Fall und abhängig von der Art des Falls bezahlt werden, hat in der Vergangenheit zu unnötigen Eingriffen geführt, die für die Einrichtung lukrativ waren – wie etwa Gelenkersatz. Mit der Ab-

kehr von den Fallpauschalen als Haupt-Finanzierungsquelle wird ein wichtiger Beitrag zu mehr Patientensicherheit geleistet. Gleiches gilt für die vorgesehene, verstärkte Qualitätskontrolle und die Vorgabe von Mindestfallzahlen bei komplizierten Eingriffen.“

Nicht zuletzt hänge die Patientensicherheit natürlich auch von den Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ab, erklärte Silberbach. „Dort herrscht seit Jahren ein akuter Fachkräftemangel. Die Beschäftigten kommen kaum mit der Versorgung hinterher. Das Burnout-Risiko ist im Pflegebereich so hoch wie in kaum einem anderen Berufsfeld. Unterbesetzte und überlastete Einrichtungen bergen ein extrem hohes Risiko für Patientinnen und Patienten. Wir brauchen dringend mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen. Care-Berufe müssen attraktiver werden und das geschieht vor allem über eine bessere Bezahlung und arbeitnehmerfreundliche Arbeitsbedingungen.“

Hintergrund:

Der Internationale Tag der Patientensicherheit wird seit 2019 jedes Jahr am 17. September von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgerufen. Ziel des Tages ist, den Patientinnen und Patienten gegenüber dem Gesundheitssystem, den Einrichtungen und den Angestellten mehr Möglichkeiten zu geben, die Gesundheitsversorgung mitzugestalten.

Aktionstag für Angehörige

Pflege: dbb besteht auf steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung

Wer Angehörige pflegt, soll Auszeiten nehmen können und einen finanziellen Ausgleich erhalten. Entsprechende Pläne hat die Regierung bislang aber nicht umgesetzt.

Die Pflege von Angehörigen mit dem Berufsleben vereinbaren – das ist in vielen Fällen ein Knochenjob. „Wir können doch nicht von den Betroffenen verlangen, dass sie Dinge unter einen Hut bekommen, die gar nicht unter einen Hut passen“, sagte dbb-Chef Ulrich Silberbach anlässlich des bundesweiten Aktionstages für pflegende Angehörige am 8. September 2023. Die Regierung müsse umgehend handeln: „Die steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung muss endlich kommen, wie es im Koalitionsvertrag steht. Je länger nichts passiert, desto mehr Menschen stoßen an ihre persönlichen Grenzen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.“

Gefragt sei ein Modell, mit dem sich pflegende Angehörige freistellen lassen können und einen finanziellen Ausgleich bekommen, die sogenannte Entgeltersatzleistung. Silberbach: „Man mag sich gar nicht ausmalen, wenn Angehörige im großen Stil als Stütze des Pflegesystems wegfallen. Und das passiert bereits täglich, weil viele einfach nicht mehr können.“ Die Folge: Mehr Pflegebedürftige müssen stationär versorgt werden. „Dass an allen Ecken und Enden Personal fehlt, ist nichts Neues, von den explodierenden Kosten mal ganz abgesehen. Pflegende Angehörige befinden sich offenbar in einem Wahrnehmungsvakuum, dabei sind sie eine tragende Säule des Systems.“

Der dbb arbeitet als Mitglied im unabhängigen Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf seit Jahren für ein Modell einer entsprechenden Entgeltersatzleistung. Seinen zweiten Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen hat der Beirat bereits in diesem Sommer an Bundesfamilienministerin Lisa Paus übergeben. „Nicht nur der dbb, sondern vor allem die Millionen pflegenden Angehörigen haben hohe Erwartungen an die Politik“, betonte der dbb Bundesvorsitzende.

„Und wenn wir schon dabei sind, die Einlösung von Versprechen der Politik einzufordern, sollte die Politik auch die professionell Pflegenden im Blick behalten“, ergänzte Silberbach. „Denn Arbeitsbedingungen werden nicht von Versprechen attraktiver, sondern von Taten. Insofern darf man gespannt sein, inwiefern die angekündigte Krankenhausreform aus dem Bundesgesundheitsministerium nachhaltigt Abhilfe schafft.“

dbb frauen

Familie und Beruf nicht gegeneinander ausspielen

Viele Frauen gehen aufgrund von familiären Pflichten in Teilzeit oder werden nicht erwerbstätig. Die dbb frauen und der Bayerische Beamtenbund wollen Arbeit für Frauen attraktiver machen.

„Frauen wollen erwerbstätig sein und auf eigenen Beinen stehen. Aber es sind primär Frauen, die Kinder oder Angehörige betreuen und pflegen und deshalb nur in Teilzeit oder in manchen Fällen sogar gar nicht arbeiten – weil ein Tag nun mal nur 24 Stunden hat. Früher gingen Väter arbeiten und Mütter blieben zuhause, um den Haushalt zu schmeißen. Heute ist dieses Modell ideell überholt und finanziell kaum tragbar. Und dennoch wird von Frauen erwartet, dass sie das Gros der unbezahlten Sorgearbeit zuhause übernehmen – trotz Erwerbstätigkeit“, machte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 7. September 2023 auf der Sitzung der Hauptversammlung der dbb frauen in Nürnberg deutlich. Sie forderte mehr finanzielle Hilfe, um Beruf und Familie zu vereinigen. „Die Politik darf unbezahlte Care-Arbeit nicht gegen Erwerbstätigkeit ausspielen. Wir brauchen Hilfen bei der Organisation von Betreuungsplätzen, flexible Arbeitszeitleösungen sowie bezahlte Auszeiten für pflegende Angehörige.“ Derzeit seien 85 Prozent der Männer erwerbstätig, aber nur 77 Prozent der Frauen. Die Corona-Pandemie habe der Erwerbstätigkeit von Frauen nochmal einen merklichen Dämpfer verpasst. „Das müssen wir jetzt wieder aufholen“, sagte Kreutz.

Der öffentliche Dienst nehme bei der Erwerbstätigkeit von Frauen eine Vorbildrolle ein, erläutert Kreutz: „Die Stellen im öffentlichen Dienst sind zu 58 Prozent mit Frauen besetzt. Allerdings arbeiten Frauen oft in weniger gut vergüteten Branchen oder Positionen und

deutlich öfter in Teilzeit als Männer. Folglich haben sie größere Schwierigkeiten, die Karriereleiter zu erklimmen, Vermögen aufzubauen und ausreichend für ihr Alter vorzusorgen. Das muss sich ändern. Wir brauchen dringend mehr Frauen in besser bezahlten Berufen und in Führungspositionen. Denn gemischte Teams sind die besten Teams. Gleichzeitig müssen wir typische Frauenberufe – beispielsweise im Sozial-, Erziehungs-, und Gesundheitswesen finanziell aufwerten.“

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker betonte im Rahmen seiner Rede: „Gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle! Der Bayerischen Staatsregierung ist es ein großes Anliegen die Erwerbstätigkeit von Frauen zu steigern. Bereits jetzt haben wir – nicht zuletzt dank des unermüdlichen Einsatzes der Bundesfrauenvertretung – die Gleichstellung von Frauen und Männern maßgeblich positiv beeinflusst. Wir bieten nicht nur eine sehr gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch gleiche Karrieremöglichkeiten. Über 60 Prozent des Personals in der Staats- und Kommunalverwaltung sind Frauen – der öffentliche Dienst kommt nur gemeinsam mit seinen Frauen voran! Ein herzliches Dankeschön an die Bundesfrauenvertretung für ihre bedeutende und herausragende Arbeit!“

Einen weiteren Bericht von der Hauptversammlung der dbb frauen gibt es auf www.dbb-frauen.de.

dbb frauen

Väterreport: Gleichberechtigung beginnt in den eigenen vier Wänden

Das Familienministerium hat den neuen Väterreport veröffentlicht. Für die dbb bundesfrauenvertretung ergibt sich ein gemischtes Bild.

Milanie Kreutz, stellvertretende dbb bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb frauen, zieht Bilanz: „Die gute Nachricht ist: Der Väterreport der Bundesregierung zeigt, dass sich zunehmend viele Väter eine partnerschaftlich organisierte Aufgabenteilung wünschen. Leider zeigt er auch, dass Anspruch und Wirklichkeit hier viel zu oft auseinanderliegen.“ Im Report gibt jeder zweite Vater an, die Hälfte der Betreuungsaufgaben übernehmen zu wollen. Tatsächlich tun dies aber lediglich 21 Prozent. „Solange Männer aber nicht gleichermaßen an unbezahlter Sorgearbeit zuhause beteiligt sind, können Frauen nicht in gleichem Maße wie Männer Karriere machen.“

Kreutz weiter: „Die gleiche Beteiligung von Vätern an unbezahlter Sorgearbeit wird erst dann zur Realität, wenn Politik und Arbeitgebende entsprechende Weichen stellen. Die Familienstartzeit ist dahingehend ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Streichung des Elterngeldes für zahlreiche Familien wiederum ist ein Schritt rückwärts.“ Das Elterngeld sei eine zentrale Gleichstellungsmaßnahme, da es für

die Väter mehr Anreize bietet, in Elternzeit zu gehen. Die Gender-Care-Gap lasse sich aber nicht einfach mit mehr Geld überbrücken: „Wir brauchen mehr Work-Life-Balance, bessere Rahmenbedingungen für flexible Arbeitsmodelle und eine ergebnisorientierte, empathische Führungskultur in Dienststellen und Unternehmen“, fordert Kreutz.

„Obwohl das Zeitalter der Doppelverdiener längst Realität ist, scheint die Rolle von Vätern in der Sorgearbeit oft noch im Schatten zu stehen“, erklärt Kreutz. Der Väterreport zeigt eine Diskrepanz zwischen den Wertvorstellungen und dem tatsächlichen Verhalten der Väter: zwei Drittel befürworteten gleiche berufliche Chancen, mehr als die Hälfte hält bei der zeitlichen Einteilung der Kinderbetreuung aber am traditionellen Familienbild fest. „In einer gleichberechtigten Gesellschaft sollten Frauen und Männer nicht nur Familenträume teilen, sondern auch die Sorgearbeit. Gleichberechtigung beginnt nämlich in den eigenen vier Wänden.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

Einheitlichkeit der Länder bei der Besoldung angemahnt

Anlässlich der am 8. September 2023 in Schwerin tagenden Finanzministerkonferenz der Nordländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hat der dbb m-v auf den besoldungstechnischen Flickenteppich allein im Norden der Bundesrepublik aufmerksam gemacht.

„Der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften haben immer kritisiert, dass eine der Änderungen der Föderalismusreform 2006 leider auch das Beamtenrecht betraf. Besoldung und Versorgung der Beamten waren bis dahin einheitlich und gleich geregelt. Es war absehbar, dass neben dem bereits bestehenden Wettbewerb des öffentlichen Dienstes mit der Wirtschaft nun auch noch der Wettbewerb mit den anderen Ländern und dem Bund hinzukommen

würde. Derzeit gibt es allein für die monetären Regelungsbereiche unsinnigerweise 68 Gesetze unterschiedlichen Inhalts“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am Rande der Beratungen.

Ziel der Föderalismusreform war es unter anderem, eine bessere Mobilität der Beamtinnen und Beamten zwischen den einzelnen Bundesländern, aber auch von und zum Bund zu

schaffen. Genau das Gegenteil sei eingetreten, so Knecht: Die Beamtinnen und Beamten und Dienstherren in den finanzstarken Ländern beziehungsweise beim Bund hätten von der Reform profitiert, die finanzschwachen Länder würden in die Röhre schauen. Knecht: „Die Folge ist natürlich, dass auf der einen Seite ein Bewerber bei der Einstellung den Bund oder ein finanzstarkes Bundesland bevorzugt, auf der anderen Seite das vorhandene Personal gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern im-

mer häufiger mit dem Gedanken spielt, zu einer besser bezahlenden Bundesbehörde, zum Beispiel zum Zoll, zur Bundeswehr oder zur Bundesagentur zu wechseln. Da angesichts der aktuellen politischen Konstellation eine notwendige grundgesetzändernde Zweidrittelmehrheit aussichtslos erscheint, appelliere ich an die Finanzminister, sich zusammenzuraufen und diesen kannibalistischen Wettbewerbsföderalismus zu Lasten der Beschäftigten und damit auch zu Lasten der Bevölkerung zu beenden.“

Schleswig-Holstein

Landeshaushalt: dbb sh warnt vor Einschnitten beim Personal

Die Landesregierung und die Landtagsfraktionen haben Post vom dbb schleswig-holstein (dbb sh) bekommen. In einem „Brandbrief“ wird davor gewarnt, dass die angekündigten Sparpakete für den Landeshaushalt vom Personal geschultert werden müssen.

„Wenn der öffentliche Dienst erneut an Attraktivität verliert, sind weitere Abstriche bei der Bildung, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie bei allen anderen Aufgaben des öffentlichen Dienstes vorprogrammiert“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 8. September 2023. Bereits jetzt würden freie Stellen immer häufiger nicht mit qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden können. Die Folge: Die Aufgabenerfüllung leide und der Staat wirke überfordert.

Deshalb dürfe die anstehende Einkommensrunde der Länder, bei der Finanzministerin Monika Heinold als stellvertretende Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder auch auf den dbb als Verhandlungspartner trifft, nicht für eine Haushaltskonsolidierung instrumentalisiert werden. Auch Abstriche bei der Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten dürfe es nach Überzeugung des dbb sh nicht geben. Als Spitzenverband der Fachgewerkschaften des öffentlichen Dienstes beurteile man bereits die aktuelle Besoldung als verfassungswidrig und blicken gespannt auf anstehende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes.

Dennoch ignoriert der dbb sh nicht, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um ein finanzpolitisches Gleichgewicht wiederherzustellen. Deshalb beinhaltet ein auf der Internetseite des [dbb sh](#) veröffentlichter „Brandbrief“ gleich mehrere Anregungen: Erstens soll der Handlungsspielraum durch eine konsequente Erhebung der dem Land zustehenden Einnahmen erhöht werden. Viele Steuersünder würden zum Beispiel aufgrund fehlender Betriebsprüfer ungeschoren davonkommen. Zweitens müsse bei den Ausgaben notwendige Priorisierungen vorgenommen werden, wovon auch die Wirtschaftsförderung nicht ausgenommen werden könne. Aus dbb sh-Sicht sind ohnehin vor allem ein effizienter öffentlicher Dienst sowie eine gute Infrastruktur ein hervorragender Beitrag zur Förderung der gesamten Wirtschaft. Deshalb lautet auch der dritte Vorschlag des dbb sh: Bürokratieabbau. Wenn hier endlich Erfolge erzielt würden, „dürfte die Senkung der Personalkosten eine willkommene Begleiterscheinung sein“.

Thüringen Spitzengespräch mit Ministerpräsident

Am 11. September 2023 hat sich die Spitze des dbb Landesbundes (tbb) um den Vorsitzenden Frank Schönborn mit Ministerpräsident Bodo Ramelow zu einem Gespräch getroffen.

Ramelow sprach sich bei dieser Gelegenheit für einen Tarifvertrag Bund-Länder-Kommunen und damit eine Tarifeinheit (Gleichklang) im öffentlichen Dienst aus.

Diskutiert wurde außerdem über eine „Attraktivitätsoffensive“ für den öffentlichen Dienst, um

dem Fachkräftemangel zu begegnen. Vor diesem Hintergrund wird aktuell das Personalentwicklungskonzept (PEK) 2035 erarbeitet. Dazu hat der tbb bereits eine seine 17-seitige Stellungnahme zum Personal der Zukunft abgegeben.

Hamburg Runder Tisch der CDU-Fraktion zur Zukunft des öffentlichen Dienstes

Auf Einladung der CDU nahmen Vertreter des dbb-hamburg an einem Informationsaustausch zur Zukunft des öffentlichen Dienstes teil. Gegenstand der Diskussion war das Strategiepapier „Öffentlicher Dienst in Hamburg – Eine Vision für die Zukunft“ der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

Der dbb hamburg und seine Mitgliedsgewerkschaften haben dabei deutlich gemacht, dass zunächst die aktuellen Probleme gelöst werden müssten, bevor zukünftige Herausforderungen wie der Einsatz von Künstlicher Intelligenz angegangen werden könnten. Diese seien zwar geeignet, um viele einfache Tätigkeiten zu automatisieren und zu beschleunigen – allerdings müssten hierzu in vielen Behörden noch die Grundlagen gelegt werden. Insbesondere müssten die Beschäftigten auf dem Weg mitgenommen werden.

Neben der Digitalisierung stand auch die notwendige Attraktivitätssteigerung der Stadt als Arbeitgeber/Dienstherr im Mittelpunkt. Der dbb Hamburg hat hier seine Haltung zu den Themen Tarifverhandlungen, Besoldung und Versorgung deutlich gemacht, aber der CDU auch das Angebot unterbreitet, im konstruktiven Austausch zu bleiben. „Wir können zwar nach-

vollziehen, dass man gerade im Bereich Versorgung auf ein grundlegendes Urteil des BVerfG wartet, müssen jedoch deutlich machen, dass Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nicht abgehängt werden dürfen von der Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst“, so der, stellvertretende Landesbundvorsitzender Thomas Kuffer.

Michael Adomat, ebenfalls stellvertretender Landesbundvorsitzender, erwartet von den anstehenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), „dass ein Signal vom Senat ausgeht, dass man gewillt ist, die Entgelte so weit zu erhöhen, dass wir die Abwanderungen in andere Bundesländer oder Kommunen abwenden können. Eine Stadt wie Hamburg kann sich eine derartige Abwanderung von Fachkräften in allen Bereichen nicht leisten.“

Deutscher Philologenverband (DPHV) Unterstützung für KMK-Forderung: Digitalpakt 2.0 dringend nötig

Der DPhV befürchtet, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) weder eine direkte Anschlussfinanzierung an den Digitalpakt 1.0 durch einen Digitalpakt 2.0 für die Schulen der Länder leistet noch die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ weiterführt.

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des DPhV, positionierte sich dazu angesichts der andauernden Haushaltsverhandlungen am 8. September 2023: „Zwei wesentlichen Projekten für

die Bildung der Schüler und für die Bildung der Lehrkräfte droht damit das Aus. Das nehmen wir mit großer Bestürzung zur Kenntnis und kritisieren dies. Der Digitalpakt 2.0 ist für die

Schulen in der Gegenwart so unverzichtbar wie die Fortsetzung der ‚Qualitätsoffensive Lehrerbildung‘ für die zukünftige Bildung der Lehrkräfte. Diese zwei Hähne gleichzeitig zuzudrehen, zeigte aus unserer Sicht eine falsche Prioritätensetzung des BMBF auf. Wir unterstützen klar die Forderung der Kultusministerkonferenz (KMK) für eine direkte Fortsetzung des Digitalpakts 1.0 durch den Digitalpakt 2.0.“

Obwohl der Digitalpakt 1.0 im Frühjahr 2024 auslief, seien laut KMK bisher keine Mittel für die Anschlussfinanzierung für das Jahr 2024 eingestellt. Laut KMK seien bisher sogar keine Gelder für den Digitalpakt 2.0 vorgesehen. „Die erste Forderung des DPhV an die Bundesregierung und das BMBF ist, dass sie einen Digitalpakt 2.0 für die Schulen ermöglichen. Wenn zudem ein Digitalpakt 2.0 nicht naht- und reibungslos an den alten im Jahr 2024 anschließt, bringt das für die Schulen und alle Beteiligten zudem nur Stillstand und mehr Bürokratisierung. Deshalb ist unsere zweite Forderung, dass es jetzt erfolgreiche Gespräche zwischen dem BMBF und den Ländervertretern geben muss, um eine sofortige Zwischenfinanzierung im Anschluss an das Auslaufen

des Digitalpakts 1.0 bis zum Beginn des Digitalpakts 2.0 zu sichern“, so Lin-Klitzing.

Die voraussichtliche Beendigung der ‚Qualitätsoffensive Lehrerbildung‘ zeige zudem eine zweite falsche Prioritätensetzung des BMBF. „In einer Zeit des Lehrkräftemangels sollte die qualifizierte, schulartspezifische Lehrerbildung an den Universitäten ein Anliegen aller sein. Die Universitäten brauchen dafür mehr qualifiziertes Personal, das zur Verfügung stünde, aber nach Beenden der Qualitätsoffensive Lehrerbildung nicht mehr finanziert werden kann“, sagte die DPhV Vorsitzende Lin-Klitzing, und machte zudem deutlich, dass diese beiden Projekte zusammengehörten: Aktuell gehe es mit einem Digitalpakt 2.0 um die Stabilisierung und Verbesserung sinnvoller Digitalisierung an den Schulen und zukünftig gehe es mit der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ um die akademische Qualifizierung der Lehrkräfte auch im fachlich-digitalen Bereich. Letztlich funktioniere das Eine nicht ohne das Andere. Deshalb werbe der Philologenverband um eine angemessene Förderfinanzierung seitens des BMBF für beide Projekte.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Umfrage: Breite Akzeptanz für Einschränkungen des Autoverkehrs im Schulumfeld

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE), das Deutsche Kinderhilfswerk und der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD) fordern Politik und Verwaltung mit Blick auf eine repräsentative forsa-Umfrage zum Handeln für mehr Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen auf.

Laut einer aktuellen Umfrage sagt die Mehrheit der Befragten (52 Prozent), dass sie Maßnahmen zur Einschränkung des Autoverkehrs im Umfeld von Schulen gutheißen würden. Diese sind dringend notwendig, denn rund ein Fünftel der Befragten (19 Prozent) schätzt die Verkehrssicherheit der Kinder in unmittelbarer Schulumgebung als unsicher ein. Bei der Umsetzung von Maßnahmen müssen Kinder nicht nur mitgedacht, sondern in die Stadt- und Verkehrsplanung einbezogen werden – das sagt die Mehrheit der Befragten (56 Prozent).

In Haushalten, in denen Kinder leben, werden diese Ergebnisse noch deutlicher. Hier sieht ein Viertel der Befragten (25 Prozent) die Schülerinnen und Schüler in Gefahr. 56 Prozent sind der Meinung, dass die meisten Menschen zugunsten der Schulwegsicherheit Ein-

schränkungen des Verkehrs in ihrem Wohnumfeld gutheißen würden. Und: Befragte, die mit Kindern zusammenleben, sind eher der Ansicht, dass deren Partizipation bei der Stadt- und Verkehrsplanung die Schulumgebung sicherer gestalten würde (61 Prozent).

Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, betonte am 12. September 2023: „Wer den Schulweg im Elterntaxi verbringt, sieht weniger von der Welt. Zu Fuß, mit dem Rad oder Roller zu kommen, ist ein aktiver Start in den Tag, der Lernprozesse optimal unterstützt und das soziale Miteinander stärkt. Daher muss es jedem Kind möglich sein, die Schule selbstständig und wohlbehalten zu erreichen. Die Politik ist nun am Zug, Maßnahmen zu ergreifen, die dies gewährleisten. Dazu gehört auch die Unterstützung der Schulen bei der Verkehrserzie-

hung durch externe Kräfte. In Zeiten des Lehrkräftemangels kann dies keine Zusatzaufgabe für das ohnehin stark belastete Kollegium sein. Und noch etwas ist wichtig: das Zutrauen der Eltern in die Fähigkeit ihrer Kinder. Ganz ohne

Tracking und Hinterhertelefonieren müssen die Kleinen und Größeren den Freiraum erhalten, Wege allein zu bestreiten – wenn es denn die Infrastruktur ermöglicht.“

Namen und Nachrichten

Ute Dörfler betreut als Bewährungshelferin bis zu 80 sogenannte „Probanden“ gleichzeitig, höchstens 60 fordert ihr Berufsverband, eine Obergrenze von 40 wäre ideal. „Da kann man keine Wunder vollbringen“, erzählt die 52-jährige Bewährungshelferin aus Weimar in der neuen Folge des **dbb** Podcasts „DienstTag“. Man bräuchte vor allem mehr Zeit für Flexibilität und Einzelbetreuung. Trotz der Überlastung leisten die Kolleginnen und Kollegen der Justizsozialarbeit viel: Die Rückfallquote liegt stabil bei nur 30 Prozent, mehr als zwei Drittel schaffen also den Neustart in ein „normales“ Leben. Viele „Probanden“ kommen dabei aus prekären sozialen Verhältnissen. Das falsche soziale Umfeld ist oft ein Hauptproblem bei der Resozialisierung. Dörfler: „Aber wo findet man andere, ‚saubere‘ Freunde und wie entkommt man neuen – oder alten – sozialen Anhängigkeiten?“ Neben der Kontrolle der Einhaltung der Bewährungsauflagen ist deshalb die Netzwerkarbeit, die Hilfe bei der Suche nach einer passenden Selbsthilfegruppe, nach einem neuen Job oder einer Wohnung von zentraler Bedeutung für den erfolgreichen Wiedereinstieg in die Gesellschaft. Die Klientel, mit der

Ute Dörfler zu tun hat, ist überwiegend männlich und aus allen Altersgruppen. Die Betreuung dauert meist zwei bis drei, in Einzelfällen aber auch mal fünf Jahre. „Vom Eierdieb bis zum Mörder ist alles dabei. Es ist wichtig, emphatisch zu sein und sich auch als Mensch einzubringen“, erklärt Dörfler. „Man darf aber nicht mit jeder traurigen Geschichte mitleiden. Das hat in unserem Beruf nichts mit Abstumpfung zu tun, sondern mit Selbstschutz.“ Hier geht es zur Plattform-Auswahl für den dbb Podcast: <https://linktr.ee/dbb.online>.

Den **SBB** erreichen viele Anfragen zur amtsangemessenen Alimentation: Wie sieht die Neuregelung der Bezüge aus? Wie die Neuregelung der Beihilfe? Was passiert mit meinem Widerspruch? Als erste Anlaufstelle verweist der SBB auf die Website des [Landesamtes für Steuern und Finanzen \(LSF\)](#). In den FAQ (Stand 12.09.2023) dort seien wichtige Fragen bereits beantwortet. Aktuell lasse der SBB außerdem insbesondere Anfragen zu den Widersprüchen rechtlich durch das dbb Dienstleistungszeitrum prüfen. Über das Ergebnis wolle man zeitnah informieren.

Termine:

Ab 5. September 2023

Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde der Länder
Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde.

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht
Weitere Informationen folgen.

11. Oktober 2023

Forderungsbeschluss zur Einkommensrunde der Länder
Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

3. Bundesseniorenkongress
Weitere Informationen unter dbb-senioren.de.

19. Oktober 2023

Ideencampus 2023 der dbb jugend
Weitere Informationen unter dbb-jugend.de.